

Wozu eine Demonstration am 18. März ?

In Kurdistan herrscht Krieg. Die Zerstörung von über 1500 Dörfern in den letzten 3 Jahren, die Vertreibung von 2 Millionen kurdischen Menschen aus ihrer Heimat, Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung sind insbesondere im türkisch besetzten Teil zum Alltag geworden.

Das kurdische Volk feiert traditionell am 21. März sein Neujahrsfest Newroz. Newroz hat zugleich eine langjährige Tradition als Widerstandsfest gegen feudale und koloniale Unterdrückung. Infolge des Verbotes der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und anderer kurdischer Organisationen, die für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes kämpfen, wurden 1994 viele Newroz-Veranstaltungen auch in der BRD verboten. Daraufhin kam es von kurdischer Seite zu Demonstrationen und Autobahn-Blockaden, die in den deutschen Medien überwiegend zur Hetze gegen die hier lebenden Kurden und Kurdinnen genutzt wurden. Mittlerweile gibt es mehr als 200 politische kurdische Gefangene in deutschen Gefängnissen. Die immer wieder durchgeführten Abschiebungen kurdischer Flüchtlinge in die Türkei und angedrohte Massenabschiebungen werden bewußt als Repression gegen Kurden und Kurdinnen eingesetzt, die den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes aufgreifen. Dies passt zum allgemein festzustellenden verbreiteten Rassismus und zunehmender Repression gegen die Artikulation emanzipatorischer Vorstellungen. Bei auch 1995 drohenden Verboten der Newroz-Feiern ist es wichtig, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und auf die Beteiligung des deutschen Staates am Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden hinzuweisen.

Bis in demokratische, links-alternative Kreise hin gibt es eine zunehmende Bereitschaft, Bundeswehreinätze außerhalb der BRD zu tolerieren, ja sogar zu fordern. Eine solche Entwicklung wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen. Die Demonstration soll auch ein kleiner Schritt sein zum (Wieder)Aufbau einer Bewegung gegen die mit weltweiten Bundeswehreinätzen verbundenen deutschen Großmachtbestrebungen.

Warum demonstrieren wir in Saarlouis?

Hier sind Teile der saarländischen Luftlandebrigade 26 (Saarlandbrigade) stationiert. Diese sind Teil der Krisenreaktionskräfte der NATO, die u.a. vorgesehen sind, bei sogenannten friedenserhaltenden und -schaffenden Maßnahmen mitzuwirken. Worum es dabei wirklich geht, wurde in einem Anfang 1992 veröffentlichten Planungspapier der Bundeswehr so umrissen: "Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität...Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen..."(Verfasser: Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, Stoltenberg, ehemaliger Kriegsminister)

AMF-Einheiten sind in den 60er Jahren aufgestellt worden und haben den Auftrag, an den Flanken des Bündnisses "Flagge" zu zeigen. AMF-Einheiten werden auf Wunsch eines NATO-Partners auf dessen Territorium verlegt, um einen möglichen Angreifer mit dem gemeinsamen Auftritt abzuschrecken. Die Botschaft an die Bevölkerung des nach Hilfe rufenden NATO-Partners lautet, daß die anderen Partner ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen. Dabei sollen AMF-Patrouillen zu Lande und in der Luft Flagge zeigen. Sie sollen möglichst oft den Kontakt mit der Bevölkerung suchen, um ihr den Sinn ihrer Anwesenheit zu erklären. (Quelle: Frankfurter Rundschau 2.1.91)

Die Saarlandbrigade, die Luftlandesanitätskompanie 260 und Fallschirmjägerbataillone (261 in Lebach, 262 in Merzig, 263 Saarlouis) üben im Rahmen der AMF (Allied Mobile Force) regelmäßig auch im kurdischen Teil der Türkei, zuletzt im September 94.

Deutschland ist Kriegspartei in Nordkurdistan:

- auch durch Einsätze der Saarlandbrigade: Das türkische Militär wird gegen die Kurden eingesetzt. Durch die militärischen Übungen mit diesen Einheiten der türkischen Armee im kurdischen Gebiet erlebt die kurdische Bevölkerung die bundesdeutschen Soldaten als Aggressor.

- **Durch Ausbildung türkischer Einheiten an modernsten Waffen**, die anschließend gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden, sind deutsche Soldaten direkt an dem Völkermord beteiligt.

- **Durch Waffenlieferungen** deutscher Rüstungsunternehmen sowie des deutschen Staates an das türkische Militär ist die BRD Kriegspartei.

- Neben der militärischen Zusammenarbeit leistet die deutsche Regierung **durch Entsendung von GSG-9-Spezialisten**, die paramilitärische türkische Einheiten, die „Schwarzen Käfer“, ausbilden, eine direkte Beihilfe zur Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung.

- **durch das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen** durch die Bundesregierung wurde hier eine weitere Front gegen den kurdischen Befreiungskampf eröffnet.

Waffenlieferungen, Finanzhilfe, politische Unterstützung und nicht zuletzt das Verbot kurdischer Organisationen durch die deutsche Regierung unterstützen den Völkermord der türkischen Militärs auf allen Ebenen.

**Keine weltweiten Einsätze der Bundeswehr.
Keine Beteiligung der Saarlandbrigade am Krieg in Kurdistan**

Sofortiger Stopp der deutschen Rüstungslieferungen an den türkischen Staat

Keine Abschiebungen von Kurden und Kurdinnen

Keine finanzielle und politische Unterstützung des türkischen Staates

Einstellung der Ermittlungsverfahren und Freilassung aller inhaftierten Kurdinnen und Kurden

Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes

Aufhebung des Verbotes der PKK und Einstellung der Kriminalisierung kurdischer Organisationen

Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf

**Wir fordern euch auf, mit uns zu demonstrieren:
18. März in Saarlouis, Großer Markt, 11.00Uhr,
von dort zur Kaserne**

zu der Demonstration ruft auf: Initiativkreis Kurdistan. **UnterstützerInnen:** Aktion 3. Welt Saar; DKP Saarbrücken; Kurdischer Kulturverein; Internationalistisches Komitee; Autonome Antifa; Jugendzeitung Rabatz; Antifaschistische Nachrichten Saar; SDAJ; Basis; Koordination der saarländischen Dritte-Welt-Gruppen; Projekt Internationalismus / Antirassismus des AStA der Uni Saarbrücken